

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.12.2005**

***öffentlich***

---

**Ort:** Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
Schopenhauerstraße 4

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 19:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Thomas Godenrath	stimmb.Mitgl.	
Frau Heike Wießner	„	ab 16.50 Uhr anwesend
Frau Ute Haupt	„	
Herr Hendrik Lange	„	i.V. Herr Erwin Bartsch
Frau Gertrud Ewert	„	
Frau Hanna Haupt	„	
Frau Dr. Gesine Haerting	„	
Frau Elke Schwabe	„	
Frau Brigitte Thieme	„	bis 18.30 Uhr anwesend
Herr Leonhard Dölle	„	
Frau Beate Gellert	„	
Frau Antje Klotsch	„	
Herr Uwe Kramer	„	
Frau Bärbel Scheiner	„	
Herr Winfried Weber	„	bis 18.30 Uhr anwesend
Herr Helmut Becker	berat.Mitgl.	
Herr Herbert Jomrich	„	
Herr Jörg Lau	„	
Frau Renate Leonhard	„	bis 18.00 Uhr anwesend
Frau Peggy Rarrasch	„	
Herr Sarunski	„	
Herr Lothar Rochau	„	i.V. Frau Brederlow
Frau Dagmar Szabados	„	bis 18.00 Uhr anwesend
Frau Lademann und Frau Meister	Verw	
Herr Uwe Weiske	Verw	

### **Entschuldigt fehlen:**

Frau Müller	berat.Mitgl.	entschuldigt
Herr Max Privorozki	„	entschuldigt
Frau Petra Schneutzer	„	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	„	entschuldigt
Frau Dorit Schmidt	Verw	entschuldigt
Herr Goswin van Rissenbeck	Verw	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
  2. Feststellung der Tagesordnung
  3. Genehmigung der Niederschrift vom 03. November 2005
  4. Vorstellung des Trägers Slawia Kulturzentrum e.V.
  5. Vorstellung des Trägers Peißnitzhaus e.V.
  6. Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07  
Vorlage: IV/2005/05182
  7. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 01.01.2006 bis 31.12.2006  
Vorlage: IV/2005/05363
  8. Namensgebung für eine kommunale Kindertageseinrichtung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2005/05170
  9. Bericht Kindergesundheit  
Berichterstattung: Frau Jordan, Fachbereich Gesundheit/Veterinärwesen
  10. Diskussion zum Bericht Streetwork  
(Bericht in Sitzung vom 03.11.2005 gehalten)
  11. Antrag der Freien Träger zur Übertragung aller städtischen Streetworkerstellen an freie Träger (Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.04.2004)  
Vorlage: IV/2005/05456
  12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  13. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
  14. Anregungen
  15. Mitteilungen  
- der Verwaltung zum Wirtschaftsplan 2006 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten

## **zu Kinder- und Jugendsprechstunde**

Vom **S.C.H.I.R.M-projekt e.V.** waren zwei Jugendliche gekommen, welche sich im Namen des Projektes für die bisherige Unterstützung bei den Mitgliedern bedankten.

Da keine Jugendlichen weiter zur Sprechstunde gekommen waren, eröffnete die Vorsitzende, **Frau Hanna Haupt**, die Sitzung.

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Hanna Haupt** begrüßte die Mitglieder und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass die TOP 10 und 11 vor den TOP 9 vorgezogen werden sollten. Frau Szabados muss gegen 18 Uhr auf Grund eines anderen Termins die Sitzung verlassen, so dass die Tagesordnung entsprechend verändert werden sollte. Da es keinen Widerspruch hierzu gab, wurde mit dieser Veränderung die Tagesordnung bestätigt.

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 03. November 2005**

**Frau Dr. Slomka** wies im Zusammenhang mit der Aussage auf S. 5, öff. Teil vom 03.11.05 zur Beantwortung der 3. Anfrage hin, dass die dort stehende Aussage korrekterweise ergänzt werden muss, um: Dass jeder Jugendliche, der sich bei ihnen meldet, selbstverständlich auch betreut wird.

**Herr Godenrath** sprach an, dass er zu den finanziellen Einsparungen, welche durch die Grundsatzvereinbarung erwartet werden, angefragt hatte. Frau Bürgermeisterin hatte diese Anfrage auch beantwortet. Diese Aussage fehlt in der Niederschrift.

**Frau Szabados bestätigte** nochmals ihre Aussage vom 03.11., dass von einer Einsparung in Höhe von 500.000 + 200.000 € ausgegangen wird. Dies kann auch so aufgenommen werden.

Mit diesen Ergänzungen wurde die Niederschrift bestätigt.

### **zu 4 Vorstellung des Trägers Slawia Kulturzentrum e.V.**

Vom Verein waren zwei Vertreter anwesend. Die 1. Vorsitzende, Frau **Tatjana Privorozkaja**, stellte den Verein kurz vor. Sie erwähnte, dass der Verein seit 2001 tätig ist und seinen Sitz im Objekt der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ in der Heinrich-Franck- Straße 2 hat. Sie sprach an, dass der Verein Bastel-, Mal- und Fotoprojekte mit Kindern und Jugendlichen macht. Weiterhin arbeiten sie mit behinderten Kindern in der Südstadt zusammen. Sie erwähnte, dass auch zur 1200 Jahr-Feier der Stadt Halle (Saale) ein Fotoprojekt mit Ausstellung geplant ist, bei welchem Fotos vom alten Halle und der jetzigen Veränderung zusammen gestellt werden. Weiterhin gibt es eine Band, welche aus deutschen und russischen Jugendlichen besteht, welche Unterstützung durch das Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche erfahren.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR)** wie viel Kinder und Jugendliche durch den Verein betreut werden und ob es gemeinsame Veranstaltungen zwischen deutschen und russischen Kindern und Jugendlichen gibt.

**Frau Privorozkaja** antwortete, dass gemeinsame Veranstaltungen schwierig sind, da die sprachliche Verständigung untereinander nicht gegeben ist. Die Arbeit beschränkt sich überwiegend auf russisch und slawisch sprechende Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 3 bis 21 Jahren. Der Verein ist interessiert daran, dass deutsche Kinder und Jugendliche hinzu kommen, damit die deutsche Sprache von den russischen Kindern und Jugendlichen schneller gelernt werden kann.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR)** in welcher Form den Kindern und Jugendlichen durch den Verein Unterstützung in täglichen Dingen gegeben wird.

**Frau Privorozkaja antwortete**, dass versucht wird, Hausaufgabenhilfe anzubieten.

Es gab keine weiteren Anfragen.

**Frau Hanna Haupt** dankte für die Vorstellung des Vereins.

## **zu 5      Vorstellung des Trägers Peißnitzhaus e.V.**

Vom Verein waren **Frau Gudrun Hartmann und Herr Roland Gebert** anwesend, welche die Arbeit des Peißnitzhaus e.V. vorstellten. Das Konzept des Vereins als auch eine Broschüre über ein Projekt wurde den Ausschussmitgliedern zur Kenntnisnahme gereicht.

**Frau Hartmann** erläuterte die Projekte des Vereins und sprach an, dass mit Unterstützung der ARGE neue Projekte stattfinden können, da viele Personen vermittelt werden konnten. Es gibt Projekte wie z.B. den Verkehrsgarten, den Naturlehrpfad und zur Integration. Eine wissenschaftliche Begleitung von Projekten erfolgte durch die FHS Merseburg und die Burg Giebichenstein.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR)** welche Zielgruppe überwiegend erreicht wird und in welcher Form Kontakte zu Kindern und Jugendlichen aufgebaut werden.

**Frau Hartmann antwortete**, dass es Kontakte zu Schulen gibt, welche noch weiter ausgebaut werden müssen. Der Standort ihres Vereins ist zentral zwischen altem und neuem Halle gelegen. Da der Standort viele Jahre nicht mehr frequentiert werden konnte, muss sich jetzt erst wieder herumsprechen, dass das Objekt wieder offen und ein Verein dort tätig ist. Hier gibt es zahlreiche Bemühungen, den Verein mit seinen Angeboten bekannt zu machen.

**Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger)** auf Grund der hohen Anzahl von in den Projekten tätigen Mitarbeitern wie die Projekte untergebracht sind und arbeiten.

**Frau Hartmann antwortete**, dass der Verein in der Burgstraße 38 günstig ein Bürogebäude anmieten konnte. Die Projektmitarbeiter bestehen nicht nur aus von der ARGE vermittelten Personen sondern auch aus ehrenamtlich Tätigen. Die Personen arbeiten in den Projekten und sind nicht zur Sanierung des Objektes eingestellt worden.

Da es keine weiteren Anfragen gab, **dankte Frau Hanna Haupt** den Vertretern für die Vorstellung des Vereins.

**zu 6 Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07  
Vorlage: IV/2005/05182**

**Herr Zschocke vom Fachbereich Schule** verwies auf die Sitzungen des Bildungsausschusses, welcher mehrfach zu dieser Vorlage getagt hat.

Er sprach die im Bildungsausschuss gestellten Anträge an, benannte die Antragsteller und verwies auf die derzeitige aktuelle Sachlage

Zu 1.1. gab es einen Änderungsantrag , welcher abgelehnt wurde (4/4/0). Der Verwaltungsvorschlag wurde ebenfalls abgelehnt (4/4/0), so dass der Stadtrat hierzu entscheiden muss. Die Verwaltung hält an ihrem Vorschlag fest.

Zu den Vorschlägen Punkt 1.2.; 1.3.; 1.4. und 1.5. erfolgte die Zustimmung des Bildungsausschusses.

Zu 2.1. gab es einen mündlichen Antrag, zur Fusionierung der Grundschule Kanena/Reideburg mit der Grundschule Büschdorf am Standort der Grundschule Büschdorf, welcher abgelehnt wurde. Der gestellte Änderungsantrag wurde ebenfalls abgelehnt. Der Verwaltungsvorschlag zu 2.1. wurde angenommen. Hier muss eine Abstimmung mit den Eltern zu bestimmten Sachverhalten noch vorgenommen werden.

Zu 2.2. erfolgte ein Änderungsantrag, welcher angenommen wurde. Damit ist der Verwaltungsvorschlag abgelehnt zu 2.2.

Zu 2.3. gab es einen Änderungsantrag zum Fortbestand der Grundschule am Rosengarten und Auenschule im Schuljahr 2006/2007 am bisherigen Standort. Der Fortbestand des Standortes Auenschule ist für das Schuljahr 2007/2008 zu prüfen. Diesem Änderungsantrag wurde zugestimmt.

Zu 2.4. gab es einen Änderungsantrag, welchem zugestimmt wurde.

Zu 3. erfolgte in Absprache mit dem Bildungsausschuss eine Korrektur des Vorschlages, dessen Wortlaut jetzt aktuell dem Jugendhilfeausschuss bereits vorliegt.

Zu 4. erfolgte die Zustimmung des Bildungsausschusses und zu 5. ebenfalls.

**Herr Zschocke sprach an**, dass die im Bildungsausschuss gestellten Änderungsanträge zu 2.1.; 2.2., 2.3 und 2.4. dem Stadtrat vorgelegt werden.

**Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger)** 1.betreffs Auenschule und Rosengarten, da doch der Sanierungsbedarf der Auenschule viel höher liegt als die finanziellen Mittel der Stadt ausreichend wären. Wieso gab es hier einen Antrag zum Fortbestand.  
2. Was passiert mit den Turnhallen der zu schließenden Schulen, können diese im Winter anderweitig durch Andere genutzt werden.

**Herr Zschocke antwortete** zu 1., dass der Verwaltungsvorschlag zu 1.1. der finanziellen Situation der Stadt Rechnung trägt. Im Bildungsausschuss gab es einen Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag dazu, welcher anderslautend ist.

Zu 2. teilte er mit, dass in Absprache mit ZGM vereinbart wurde, dass bei einer Stilllegung von Schulen die Turnhallen weiterhin genutzt werden sollen. Dies kommt auf den Standort der Turnhalle an, da diese hinsichtlich Betriebskosten nicht extra gekoppelt werden können. Die Turnhallen sind bereits jetzt alle schon zu 100% durch Vereine und den Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Gesundheit ausgelastet.

**Frau Dr. Haerting** erläuterte den Mitgliedern den Hintergrund zum gestellten Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag zum Erhalt der Auenschule. Sie verwies u.a. auf die schwierige Situation der Fusionen im Osten der Stadt Halle und erläuterte dies aus ihrer Sicht.

Durch eine **anwesende Elternvertreterin** der Buschschule wurde an Herrn Zschocke die Frage gestellt, ob die Buschschule weiterhin Bestand haben wird.

**Frau Hanna Haupt** verwies darauf, dass die Öffentlichkeit nur anfragen kann, wenn Rederecht erteilt wird.

Da es keinen Widerspruch vom Ausschuss gab, **antwortete Herr Zschocke** der Vertreterin, Frau Thieme, vom Elternrat der Buschschule. Er teilte mit, dass er heute an dieser Stelle dies noch nicht beantworten kann. Die Fusion wurde bereits vor 3 Jahren beschlossen. Der Bildungsausschuss hat hierzu einen Änderungsantrag gestellt und der Stadtrat muss hierzu am 14.12.05 entscheiden.

**Herr Godenrath stellte den Antrag**, dass sich der Jugendhilfeausschuss den Änderungsanträgen des Bildungsausschusses anschließt. Der Bildungsausschuss als der zuständige Fachausschuss in dieser Angelegenheit hat mehrfach dazu beraten. Der Jugendhilfeausschuss kann dies fachlich nicht leisten und sollte sich deshalb dem Urteil des Bildungsausschusses anschließen.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR)** wie der Sachstand zur Fusionierung der Schule am Gimritzer Damm mit der Lilienschule ist. Hier wurde den Elternvertretern versprochen, dass im Interesse der Kinder einige Änderungen bis zum Einzug in die Lilienschule erfolgen sollen.

**Herr Zschocke antwortete**, dass es damals Aussagen gab, dass die Fusionierung um 1 Jahr verschoben werden soll, bis einiges geklärt wurde. Das ist mittlerweile erfolgt. Ab 2006 wird mit dem Projekt „3 P“ begonnen und somit muss Baufreiheit geschaffen werden.

Da es keine weiteren Anfragen gab, **rief Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung des **Antrages von Herrn Godenrath** auf, sich den Vorschlägen des Bildungsausschusses anzuschließen.

<b>Befürwortung:</b>	<b>6</b>
<b>Ablehnung:</b>	<b>3</b>
<b>Enthaltung:</b>	<b>6</b>

**Somit wurde dem Antrag von Herrn Godenrath zugestimmt.**

**Frau Hanna Haupt** rief zur Abstimmung der Beschlussvorschläge, **unter Berücksichtigung des Votums des Bildungsausschusses auf.**

<b>Befürwortung:</b>	<b>4</b>
<b>Ablehnung:</b>	<b>0</b>
<b>Enthaltung:</b>	<b>10</b>

**Somit wurde zugestimmt.**

**zu 7      Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und  
Entwicklungsplanung  
Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 01.01.2006 bis 31.12.2006  
Vorlage: IV/2005/05363**

**Frau Szabados** sprach an, dass die Anzahl der Kinder, welche einer Kinderbetreuung bedürfen, angestiegen ist, so dass von einem erhöhtem Bedarf von 310 Kindern ausgegangen werden muss. Eine Steigerung der Ermäßigungen bei den Elternbeiträgen ist einzuplanen, da viele Eltern einen Anspruch gemäß § 90 SGB VIII i.V. mit dem SGB II darauf haben. Eine Tarifierhöhung ist ebenfalls zu erwarten. Der BEP wurde mit den freien Trägern abgestimmt. Klar ist, dass vor allem der Innenstadtbereich als prioritär anzusehen ist. Ein Um- und Rückbau ist auch zu sehen, es werden auch Einrichtungen geschlossen. Frau Szabados verwies ausdrücklich darauf, dass keine Einrichtungen geschlossen werden, welche eine Sanierung in hohem Maß oder eine grundlegende Sanierung erfahren haben. Sie bat um Zustimmung, damit die Vorlage am 14.12.05 in den Stadtrat kann.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR)** zur Anlage III, hier muss der Satz bzgl. des Rechtsstatus raus, da dies mittlerweile erledigt ist.

**Die Verwaltung** entschuldigte dieses Versehen und stimmte zu, dass dies überflüssig geworden ist.

**Durch ein Mitglied (STR)** wurde darauf verwiesen, dass es bei der Anfrage zur KITA L.-Stur-Straße ausschließlich um die Außenfläche ging, welcher größer sein müsste.

**Frau Szabados sprach** an, dass die Betriebsgenehmigungen über das Landesjugendamt erteilt werden und diese hierbei kein Problem gesehen haben, da die Genehmigung erteilt wurde.

**Anfrage durch ein beratendes Mitglied**, an welcher Stelle in der Vorlage ersichtlich ist, in welchen Einrichtungen der Mehrbedarf an Kindern betreut wird.

**Herr Weiske antwortete**, dass dies explizit nicht aufgeführt ist. Der Mehrbedarf ist ersichtlich in der Tabelle auf S. 5 und wurde dort aufgeführt und die Zahlen alt in Klammern gegenübergestellt. Es wird flexibel kompensiert werden.

**Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger)**, ob es noch mehr Träger geben wird, welche keine Anerkennung nach § 75 SGB VIII haben und trotzdem eine Einrichtung betreiben dürfen.

**Frau Szabados antwortete**, dass nach Bewilligung durch das Landesjugendamt diese Träger zumindest im BEP mit aufgeführt werden, um die Bedarfe klar darstellen zu können. Wenn durch das Land die Betriebserlaubnis erteilt wurde, muss die Stadt zahlen. Hierzu gibt es einen Gerichtsbeschluss, an welchen die Stadt Halle sich halten muss. Sie verwies auf das Klageverfahren der Stadt, welches verloren wurde. Mit etablierten Trägern besteht ein gutes Miteinander bei der Bedarfsplanung.

**Durch ein Mitglied (STR)** wurde der Verwaltung ein Lob für die gute Bedarfsplanung ausgesprochen, da hierbei eine fast 100%ige Auslastung erfolgt.

Da es keine weiteren Anfragen gab, **rief Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung auf.

**Beschlussvorschläge:**

1.

Der Stadtrat stimmt dem Bedarfs - und Entwicklungsplan für den Zeitraum **01.01.2006** bis **31.12.2006** gemäß Anlage 1 zu.

1.1.

Der Rechtsanspruch auf Betreuung und Förderung des Kindes gemäß § 3 Gesetz zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz - KiFöG) vom 07. Februar 2003 wird durch die Betreuung in Kindertageseinrichtungen erfüllt.

2.

Für die im Bedarfs - und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen (Anlage 2) ist die gesetzliche Finanzierung gemäß § 11 KiFöG im Haushalt 2006 sicherzustellen.

3.

Die kommunale Einrichtung Kita „Silberglöckchen“ wird **zum III. Quartal 2006** geschlossen.

4.

Die Bedarfsplanung für die Innenstadt sieht eine maximale Kapazitätserhöhung von insgesamt **500 Plätzen** vor (einschließlich der 2006 geplanten Kapazitäten).

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss **stimmte einstimmig zu.**

#### **zu 8 Namensgebung für eine kommunale Kindertageseinrichtung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2005/05170**

Da es keine Anfragen hierzu gab, **rief Frau Hanna Haupt zur** Abstimmung auf.

#### **Beschlussvorschlag :**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die folgende Namensgebung für eine kommunale Kindertageseinrichtung der Stadt Halle (Saale).

Die Kindertageseinrichtung Kanena erhält die Bezeichnung **Kindertagesstätte „Kleine Entdecker-Kanena“**.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss **stimmte einstimmig zu.**

#### **zu 9 Bericht Kindergesundheit Berichterstattung: Frau Jordan, Fachbereich Gesundheit/Veterinärwesen**

Dieser TOP wurde erst nach den TOP 10 und 11 aufgerufen.

**Frau Jordan vom Fachbereich Gesundheit** stellte den vorliegenden Gesundheitsbericht einschließlich des Berichtsteiles Kindergesundheit vor. Ziel ist es, eine kommunale Gesundheitsberichterstattung, welche fortlaufend erfolgen soll, aufzubauen.

Sie verteilte an die Mitglieder eine Liste, auf welcher die 35 Kernindikatoren in 7 Indikatorenbereichen erfasst sind.

**Frau Jordan** sprach eine Häufung an Befunden im Bereich Übergewichtigkeit, Haltungsschäden und motorische Defizite an. Pflichtaufgabe im Fachbereich Gesundheit, hier Kinder- und Jugendärztlicher Dienst, sind die Schuleingangsuntersuchungen, welche in der 3. und 6. Klasse fortgeführt werden. Untersuchungen in der 10. Klasse erfolgen nicht mehr. Festzustellen ist eine vermehrte Konzentrationsschwäche und Sprachschwierigkeiten, welche das Schul- und Sozialverhalten maßgeblich beeinflussen. Es wird ein Zusammenhang zwischen der Gesundheitsentwicklung des Kindes und seinem sozialräumlichem Milieu gesehen. Es ist angedacht, regelmäßig Gesundheitsförderkonferenzen zu ausgewählten Themen durchzuführen. Dabei sollen die Krankenkassen, Ärzte als auch die Verwaltung mit einbezogen werden. Für 2006 soll die erste Gesundheitsförderkonferenz aufgebaut werden.

Frau Jordan wies darauf hin, dass die Vorschuluntersuchungen um ein Jahr nach vorn gezogen wurden, so dass diese bereits mit dem 5. Lebensjahr durchgeführt werden. Eltern gehen nicht mehr regelmäßig mit ihren Kindern zu den Vorsorgeuntersuchungen, welche kostenfrei sind. Hierzu wird in der Silberhöhe ein Projekt durchgeführt. Sie verwies abschließend darauf, dass der Bericht keinen Anspruch auf Vollständigkeit aufweist, es sind Eckdaten enthalten.

**Anfrage durch ein Mitglied (skE)** da nur vom Übergewicht die Rede ist, wie es mit der Problematik Magersucht aussieht. Außerdem wurde angefragt, welche Frühfördermaßnahmen greifen, wenn nicht ausreichend Plätze in integrativen Einrichtungen vorhanden sind.

**Frau Jordan antwortete** zur 1. Frage, dass die Magersucht hierbei nicht untersucht worden ist sondern das auffällige Problem der zunehmenden Übergewichtigkeit.

**Frau Szabados antwortete zur 2. Frage**, dass bei der im Bericht erwähnten Frühförderung etwas anderes gemeint ist. Hier ist eine frühe Förderung im Sinne von Bildung elementar gemeint, welche eintreten muss, sobald das Kind in eine Einrichtung kommt. Hinsichtlich der gefragten Frühförderung zur Integration müssen Maßnahmen für das jeweilige Kind erfolgen, wenn sich das herausstellt. Dann muß gesehen werden, wie hier weiter verfahren werden kann.

**Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger)** zum Umgang mit der „Impfmüdigkeit“ und ob Kinderärzte wieder in Einrichtungen zum Impfen kommen können .

**Frau Jordan antwortete**, dass die Aufklärung der Eltern zum Impfschutz noch gezielter erfolgen muss, z.B. über Elternbriefe. Impfschutz ist eine freiwillige Leistung und kann nicht automatisch durchgeführt werden.

**Frau Szabados verwies** auf die Gesetzeslage. Es kann nur durch gezielte Aufklärung an die Eltern appelliert werden, ihre Kinder entsprechend des Alters impfen zu lassen.

**Anfrage durch ein Mitglied (STR)** wie die Zahlen aus dem Bericht, der sehr umfangreich ist, in verkürzter Form an entsprechende Personenkreise, z.B. KITA´s, transportiert werden können.

**Frau Szabados sprach** an, dass der Bericht für KITA´s und Grundschulen sehr wichtig ist. Es bestehen Überlegungen, ob alle Träger von Kindertageseinrichtungen je 1 Exemplar erhalten können, um dies weitergeben zu können.

**Durch ein Mitglied (STR)** wurde angeregt, dass die dargestellte Problematik z.B. des frühzeitigen Bewegungsmangels bei Kindern und Jugendlichen auch an die Verkehrs- und stadtplaner herangetragen werden sollte. Unter Heranziehung eines Gesundheitspädagogen

sollte hier auch die wirtschaftliche Sicht klar gemacht werden, was bspw. Übergewichtigkeit auf lange Sicht für die Person bedeutet und welche Kosten damit verbunden sind.

**Frau Szabados sprach** an, dass die angedachten Gesundheitsförderkonferenzen entsprechend Personenkreise miteinander vernetzen soll.

**Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger)** speziell zu den auf S. 17 in Tabelle 8 aufgeführten Daten beim Jahr 2003, hier: männliche Geburten , Säuglingssterblichkeit. Wieso ist diese Anzahl hier ausgesprochen hoch, gab es in dem Jahr besondere Gründe hierfür.

**Frau Jordan antwortete**, dass die Berechnungsgrundlage insgesamt zu sehen ist und verwies darauf, dass diese Zahlen für das Land Sachsen-Anhalt, also nicht Stadt Halle allein, gelten. z.B. kommen auf 1000 Lebendgeburten 94 männliche gestorbene Säuglinge.

**Anfrage eines Mitgliedes (Fr. Träger)** zur Befundhäufung Übergewichtigkeit entsprechend S. 25.

**Frau Jordan antwortete** dass die Erklärung hierfür auf der nachfolgenden Seite 26 oben enthalten ist.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angeregt, dass eine Kommission von Vertretern der Jugendhilfe und der Krankenkassen zusammen kommen sollte, um zu sehen, wie handlungsorientiert gearbeitet werden kann.

**Frau Szabados sprach** an, dass dies seit längerer Zeit versucht wird aber nicht einfach zu realisieren ist. Es ist schwierig, in verlässliche Strukturen hier gemeinsam zu kommen. Gelingen ist dies bisher beim Cokreis AIDS und der Psychosozialen Arbeitsgruppe (PSAG), die Krankenkassen mit einzubinden. Ein Weg hierfür sind die Gesundheitsförderkonferenzen, wo dieser Personenkreis an einen Tisch gebracht werden soll.

**Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger)** zu den in der Anlage 5 enthaltenen Daten.

**Herr Weiske antwortete**, dass diese Daten vom Statistischen Landesamt sind. Die Einzeldaten, hier für Stadt Halle, dürfen nicht benannt werden.

**Anfragen eines beratenden Mitgliedes:**

1. Schreiben alle Krankenkassen die Eltern an und weisen auf wichtige Vorsorge- und Impftermine entsprechend des Kindesalters in der Familie hin.
2. Bei den Gesundheitsförderkonferenzen sollen u.a. auch Vereine einbezogen werden. Wirkungsvoll wäre es aber auch, wenn Elternvertreter aus den Einrichtungen ebenfalls eingeladen werden.

**Frau Jordan antwortete** zu 1., dass dies nicht automatisch über die Krankenkassen erfolgt, dies machen einzelne Kassen aber nicht alle.

**Frau Szabados antwortete** zu 2., dass dies geprüft werden kann, inwieweit dies sinnvoll erscheint und dann könnte dies so erfolgen.

Da es keine weiteren Anfragen gab **dankte Frau Hanna Haupt** Frau Jordan für die Berichterstattung.

**zu 10      Diskussion zum Bericht Streetwork  
(Bericht in Sitzung vom 03.11.2005 gehalten)**

**Frau Hanna Haupt sprach** an, dass der Bericht Streetwork in der Sitzung am 03.11.05 gehalten wurde und der Niederschrift angehängt wurde. Heute soll es , wie gewünscht, eine Diskussion dazu geben.

**Durch ein Mitglied (STR)** wurde angesprochen, dass durch die Verwaltung gut dargestellt worden ist, warum Streetwork beim öffentlichen Träger verbleiben soll. Dies wird durch die Fraktion des Mitgliedes auch so befürwortet.

**Anfrage eines Mitgliedes (STR)** zum Begriff „verhaltensoriginell“.

**Herr Petrick (Teamleiter Streetwork)** antwortete, dass im Team nach einem geeigneten Ausdruck für ein Stück Kreativität gesucht wurde und dieser Begriff als geeignet empfunden wird.

**Nachfrage eines Mitgliedes (STR)** zum letzten Satz in Punkt 12 des Berichtes ob dieses „...ist möglich, unerlässlich und hat sich....entwickelt“ so gemeint ist oder evtl. falsche Kommasetzung erfolgte.

**Frau Brederlow antwortete**, dass dies tatsächlich so gemeint ist wie dargestellt wurde. Es ist möglich, unerlässlich und hat sich im Laufe der Jahre so entwickelt.

**Durch ein Mitglied (STR)** wurde ebenfalls befürwortet, dass Streetwork bei der Stadt bleiben soll. Auf Grund bekannter Krisenbewältigungen durch Streetwork in der Stadt wird es für wichtig angesehen, dass dies genau bei der Stadt angesiedelt bleibt.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass die Diskussion zweigeteilt geführt wurde. Im Punkt 13 Subsidiarität wird von einer den Trägern gegenüber gleichberechtigten Leistung ausgegangen. Wenn Streetwork beim öffentlichen Träger bleibt, ist dies eine „Monopolleistung“, da dieses Leistungsangebot herausgezogen wurde und dann nicht plural zu sehen ist. Die Begriffe im Bericht wie „Sensoren“ und „Kooperation“ ist eine Frage der Kultur und Zusammenarbeit und ob dies als Angebot so aufgenommen wird, dies ist nicht strukturell zu sehen. In der Sitzung am 03.11. wurde die Frage der Einbeziehung von Streetwork in die Sozialräume und in die Jugendhilfeplanung gestellt, welche heute beantwortet werden sollte.

**Frau Brederlow antwortete**, dass zur Handlungsfähigkeit in der im TOP 11 zu behandelnden Vorlage etwas ausgesagt wird. Durch die Verwaltung wird es als problematisch angesehen, wenn in diesem Bereich eine Veränderung vorgenommen werden würde. Auf Grund der Umstrukturierung wird jetzt sozialräumlich gearbeitet und für einzelne Aufgaben die Fachplanung vorgenommen, wie zukünftig entsprechend der Situation effektiver, schneller und zielgenauer reagiert werden kann. Die Einbeziehung der freien Träger soll an dieser Stelle ebenfalls erfolgen. Städtisches Streetwork hat keine Monopolstellung da es noch Drogenstreetwork und Streetwork bei SCHIRM gibt, also in freier Trägerschaft.

**Durch ein Mitglied (STR)** wurden die Aussagen von Frau Brederlow unterstützt und auf die Strukturumbildung im Fachbereich und somit auch bei Streetwork hingewiesen.

**Herr Weber** teilte abschließend mit, dass die Antragstellung der freien Träger vor über 1 Jahr aus einer damals anderen Sichtweise erfolgte. Aus der heutigen Sicht ist das Thema heute nicht mehr aktuell und es muss erst mal die Veränderung abgewartet werden. Somit

erklären sich die Träger einverstanden, dass die Verwaltung in 2 Jahren einen aktuellen Bericht vorlegt und man danach sieht, wie weiter verfahren wird.

**Frau Szabados** sicherte die Berichterstattung für Ende 2007 zu. Die Verwaltung wird dies in die Terminüberwachung mit aufnehmen.

**zu 11 Antrag der Freien Träger zur Übertragung aller städtischen Streetworkerstellen an freie Träger (Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.04.2004) Vorlage: IV/2005/05456**

**Frau Hanna Haupt** stellte fest, dass auf Grund der vorangegangenen Diskussion Fragen geklärt werden konnten. Der Jugendhilfeausschuss nimmt demzufolge das Prüfergebnis der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der Abwägung zu.

<b>Befürwortungen</b>	<b>10</b>
<b>Ablehnungen:</b>	<b>0</b>
<b>Enthaltungen:</b>	<b>5</b>

**Somit wurde zugestimmt**

**zu 12 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge vor.

**zu 13 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern**

**Frau Ute Haupt** machte darauf aufmerksam, dass der Verein „Nationale und regionale Kinderhilfe“, welcher vor einigen Monaten schon Gesprächsthema im Jugendhilfeausschuss war, wieder Spendensammlungen durchführt. Die Verwaltung wollte den Verein nicht aus dem Blickfeld verlieren, auch wenn damals keine negativen Dinge weiter von diesem ausgegangen sind.

**Die Verwaltung** teilte mit, dass nach neuestem Kenntnisstand der Verein die Räume in Neustadt nicht mehr nutzt sondern seine Aktivitäten in den Saalkreis verlagert hat.

**Frau Ute Haupt bittet**, dass die Verwaltung dies nicht aus den Augen verliert, fraglich ist auch, ob es sich um angemeldete Spendensammlungen handelt.

**Die Verwaltung** wird eine Prüfung veranlassen.

**Weitere Anfragen:**

**Frau Ute Haupt teilte mit**, dass über die Klage des Vereins Kellnerstraße e.V. verhandelt wurde und der Verein wohl Recht in der Angelegenheit, welche Thema im Jugendhilfeausschuss war, bekommen hat. Sie würde empfehlen, dass sich der Jugendhilfeausschuss hierzu noch mal in einer Form positionieren sollte und sei es in Form einer Entschuldigung an den Verein.

**Frau Brederlow antwortete**, dass es eine Anhörung bei Gericht gab, bei welcher sie auch zugegen war. Es soll geprüft werden, ob die Klage noch berechtigt ist. Es ist eine Tendenz erkennbar gewesen, dass der Verein Recht bekommt. Allerdings sollte bis zum Vorliegen eines Urteils gewartet werden. Es wäre verfrüht, jetzt schon zu reagieren.

*(Anmerkung: das Urteil ging im Fachbereich am 07.12.05 ein. Im nächsten Ausschuss wird darüber informiert.)*

**Anfrage von Frau Dr. Haerting** zu der Aussage im letzten Protokoll vom 03.11.05 hinsichtlich der 1€Jobs, ob sich tatsächlich am Betreuungsschlüssel in KITA´s etwas geändert hat.

**Frau Lademann antwortete**, dass für 22 Kinder ein Betreuungsdefizit vorgelegen hat, welches aber zum 30.12.05 durch eine Stundenanhebung bis zum 31.01.2006 wieder ausgeglichen wird. Der derzeitige Altersdurchschnitt beträgt durchschnittlich 49 Jahre bei den Erzieherinnen. Durch 10 Neueinstellungen im Januar/Februar 2006 soll dieser Altersdurchschnitt gesenkt werden.

#### **zu 14      Anregungen**

Es gab keine weiteren Anregungen.

#### **zu 15      Mitteilungen - der Verwaltung zum Wirtschaftsplan 2006 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten**

**Frau Hanna Haupt** fragte im Auftrag von Frau Bürgermeisterin Szabados (welche nicht mehr anwesend war) an, ob die für den 12. Januar 2006 geplante Sitzung auf den 05. Januar vorgeschoben werden kann. Frau Szabados kann am 12.01. nicht an der Sitzung teilnehmen.

**Einige Mitglieder** merkten an, dass sie noch im Urlaub sind und deswegen der 12.01.06 ohne die Teilnahme von Frau Szabados beibehalten werden sollte. Dies wurde verbindlich so festgelegt. So dass die nächste Sitzung , wie geplant, am 12. Januar 2006 um 16.00 Uhr im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie stattfindet.

#### **Weitere Mitteilungen:**

**Frau Hanna Haupt informierte**, dass die Sondersitzung am 09.12.05 ausfallen kann, da bereits in der heutigen Sitzung auf TOP 5 im nichtöff. Teil über die Prioritäten von Diensten und Einrichtungen verhandelt werden soll. Die Vorlage ist auch im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zustimmend behandelt worden.

Gez. Hanna Haupt

Gez. Szabados

Ausschussvorsitzende

Bürgermeisterin

Gez. Kaupke

Protokollantin